



Hedwig Borgmann (Grüne, v.l.), Kathy Mühlebach-Sturm vom Bund Naturschutz, Sigi Hagl (Grüne) und die Vertreter der BI, Hans Danner, Dr. Thomas Zetterer und Anneliese Danner.

BI will keine Eskalation

Bürgerinitiative gegen Westtangente fühlt sich von Stadt übergangen

Von Amelie Högl

Sichtlich erregt waren die Gemüter, als die Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Westtangente am Montag zu einer Pressekonferenz ins Börsencafé luden. Grund war eine von der Stadt verfasste Informationsbroschüre an die Bürger, durch die sich die BI ungerecht behandelt fühlt.

Am 14. Oktober sollen die Landshuter Bürger über die Westtangente und den Burgaufzug entscheiden. Davor sollen sie natürlich noch umfassend über die Projekte informiert werden. Im Falle der Westtangente soll das mithilfe einer zwölfseitigen Infobroschüre erfolgen, die an alle wahlberechtigten Bürger verschickt oder verteilt werden soll. Diese beinhaltet eine siebenseitige Darstellung des Projekts, eine Zusammenfassung der Machbarkeitsstudie, und drei Seiten Pro- und Contra-Argumente zur Westtangente.

Die Broschüre wurde von der Stadt Landshut erstellt, und zwar zum Ärger der Bürgerinitiative ohne deren Mitspracherecht. Das Ergebnis ist nach Meinung der BI-Sprecher eine einseitige Darstellung zugunsten der Tangenten-Befürworter, die die Bayerische Gemeindeordnung „mit Füßen tritt“. In der

heißt es nämlich: „Die im Gemeinderat und die von den vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens vertretenen Auffassungen zum Gegenstand des Bürgerentscheids dürfen in Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Gemeinde nur in gleichem Umfang dargestellt werden“.

Diese Vorschrift sieht die BI ganz klar verletzt: Die Stadt sei in diesem Fall eine Partei, gäbe sich aber neutral und verfasse die Broschüre nicht sachlich, sondern zu ihren Gunsten. Und das Ganze, ohne einmal Rücksprache mit der BI gehalten zu haben. Als Quelle für Gegenargumente sei lediglich ein Flyer der BI aus dem letzten Jahr verwendet worden. „Man nimmt sich heraus, das selbst zu füllen“, beklagt Sigi Hagl.

Diesen Freitag befasst sich um 15 Uhr der Feriensenat im alten Rathaussaal in einer öffentlichen Sitzung mit dem Textentwurf der Broschüre und will diesen absegnen, damit er rechtzeitig vor dem 14. Oktober an die Wahlberechtigten verschickt und verteilt werden kann. „Wir werden am Freitag versuchen, es politisch in eine andere Richtung zu lenken“, meint Sigi Hagl. Die BI strebt eine neue Fassung der Broschüre an, in der der Contra-Argumentation derselbe Umfang zugesprochen wird und sie diesen selbst gestalten kann. „Können wir nicht auf Augenhöhe miteinander umgehen? Dann sind es keine fairen Voraussetzungen für einen Bürgerentscheid“, meint Anneliese Danner.

MENSCHEN & Meinungen

FINGERSPITZENGEFÜHL VERGEBLICH GESUCHT...

Der Ton wird rauer im Landshuter Rathaus. In der Sitzung des Feriensenats am vergangenen Freitag sprach zum Beispiel Sigi Hagl von den Grünen von einem „Schurkenstück“, das die Stadtverwaltung beim Entwurf eines Infoflyers zum Bürgerentscheid bezüglich der Westtangente an den Tag gelegt habe. „Sie treten die Rechte der BI mit Füßen. Hören Sie auf mit dem Falschspiel“, rief sie obendrein dem Oberbürgermeister Hans Rampf an den Kopf.

Die Verwaltung will im Vorfeld der beiden Bürgerentscheide (Westtangente und Burgaufzug) am 14. Oktober jeweils eine Informationsbroschüre vorlegen, aus der die Pro- und Contra-Argumente der zwei stark diskutierten Bauprojekte hervorgehen sollen.

Das Rathaus hat sich die Contras schön brav von der Homepage der Westtangente-Gegner geholt und artig in den Flyer gehievt. Dumm nur, dass man vorher die Bürgerinitiative „Pro Lebensraum Landshut Contra Westtangente“ nicht gefragt hat.

Das hätte man anstandshalber schon lieber tun sollen. Darüber hinaus ist das Ganze

wohl auch rechtlich ziemlich bedenklich. Denn die BI wurde zwar schon nach ihren Argumenten und ihrer Stellungnahme gefragt.

KOMMENTAR

von Tobias Größer



Und das bereits am 20. Februar. Allerdings ging's damals noch um das angepöbelte Ratsbegehren.

Mittlerweile haben sich die Dinge jedoch geändert. Die Landshuter Bürger werden am 14. Oktober im Rahmen eines Bürgerentscheids über die geplante Westumfahrung abstimmen. Rechtlich sicherlich nicht das Gleiche. Vorstellbar, dass die Bürgerinitiative genau hier den juristischen Hebel ansetzt.

In der Verwaltung ist man aber wohl davon ausgegangen, dass sich die BI – wenn sie sich schon zum Ratsbegehren (das es letztlich ja nicht geben wird) nicht äußert – dann auch zum Bürgerentscheid nicht äußern will und wird. Folglich hat man kurzerhand auch

keine zweite Aufforderung zur Stellungnahme geschickt – in der Annahme, die BI werden sich wohl wieder nicht melden, ur die Argumente sind sowieso längst im Internet nachzulesen.

Freilich kann es gut sein, dass sich der Infolyer kaum unterscheiden würde vom jetzigen Entwurf. Doch fragen sollte man vorher schon. Zumindest anstandshalber. Vom Urheberrecht ganz zu schweigen. Und aus taktischen Gründen für spätere Nachfolgespräche.

Die Bürger hätten sich gewünscht, dass sie vorher zumindest gefragt werden. Doch da hat der Feriensenat mit OB Rampf an der Spitze – zwar nur mit knapper 5:4-Mehrheit, aber trotzdem – das nötige Fingerspitzengefühl deutlich vermissen lassen.

Diese Chance hat man am Freitag eindrucksvoll verstreichen lassen. Vor großem Publikum. Denn nicht umsonst musste man vorab vom kleinen, alten in den großen, neuen Plenarsaal umziehen. Man hätte Größe gezeigt, hätte man sich den Fehler eingestanden und zugegeben. Wenn man vorher mit der BI geredet hätte, hätte man sich späteren Ärger – der da vielleicht noch kommen mag – sparen können.

Reden bringt die Leute zusammen. Hinterher streiten macht's nicht besser. Das nennt man wohl am Bürger vorbei entscheiden und regieren.